

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlag: Neudruck Dresden.
Verlags- und Drucknummer 25 241
Für den Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 11.- M., vierteljährlich 32.- M.
Die einspaltige 37 mm breite Zeile 4.- M. Mit Familienangehörigen. Anzeigen unter
Bilder u. Wohnungsanzeigen, 1 spaltig 10.- u. darüber 25 % Zuschlag. Tagesblätter laut
Kart. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung und Korrespondenzen:
Marienstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Neudruck & Reichardt in Dresden.
Polisch-Konto 1068 Dresden.

26 Prager Straße Elegantes Reisegepäck **Adolf Mäter** Feinste Lederwaren Prager Straße 26

Die Folgen des Wirthschen Streik = „Sieges“.

Ein Mißtrauensantrag der Deutschen Volkspartei.

Die kritische Lage für das Kabinett Wirth.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 11. Febr. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im Reichstag folgendes formelles Mißtrauensvotum gegen die Regierung eingebracht:

Der Reichstag mißbilligt, 1. daß der Herr Reichskanzler die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar gegen öffentliche Versuche nicht angewendet hat;

2. daß der Herr Reichskanzler im Widerspruch mit den Erklärungen der Reichsregierung mit Führern der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Anwärter verhandelt hat, bevor der Streik beendet war;

3. daß der Herr Reichskanzler in Bezug auf die disziplinare Behandlung von Dienstvergehern Zusagen gemacht hat, die namentlich im Zusammenhang mit seiner Rede in der Reichstags-Sitzung vom 10. d. M. gezeichnet sind, die Staatsautorität zu gefährden und die pflichttreuen Beamten zu verwirren. Der Reichstag spricht deshalb dem Herrn Reichskanzler Dr. Wirth sein Mißtrauen aus.

Kritisch wird die Situation für die Reichsregierung besonders deswegen, weil die Regierungskoalition von Zentrum und Sozialdemokratie auch mit Hilfe der Demokraten noch keine Mehrheit hat. Die Hilfe der Unabhängigen dürfte bei deren scharfer Oppositionsstellung in der Streikfrage auch durch die schmähliche Rückzugsrede Dr. Wirths kaum erkauft worden sein, und die Deutsche Volkspartei hat der Kanzler erneut daran vor den Kopf gestoßen, daß sie ihre Bedenken gegen seine Politik nicht zur Rettung des schwankenden Kabinetts zurückstellen kann. Die Streikangelegenheit kann somit leicht zu einer Schicksalsfrage für das Kabinett werden.

Die zweite Kanzlerrede im Spiegel der Presse

Die in Scherben gesplagene große Koalition. — Die kritische Lage.

Berlin, 11. Febr. Zur gestrigen Reichskanzlerrede schreibt der „Berl. Volk-Anz.“: Der Erfüllung-Reichskanzler zeigte sich gestern in keiner ganzen edlen Radikalität, und all die schönen wichtigen Worte, die er vorzutragen entschlossen in den Saal geworfen hatte, erwies sich an der Hand seiner gestrigen Ausführungen als unverbindliche Redewendung. Wahrung der Staatsautorität? Wo, sagte der Reichskanzler von gestern, mir mußten einen Verhandlungsfrieden schließen; wer weiß, was sonst aus der Sache noch geworden wäre! Hervorgehoben ist nur noch, daß die Rede auch in der Form ein Brückstück der Deutschen Volkspartei war. Das Vorzeichen der großen Koalition wurde hier hindurch entzweielt. Sollte das ganz ohne Absicht geschehen sein? Wirths Verhandlungsfrieden aber bedeutet einen Vergleichsfrieden, einen Frieden des Verzichts auf alle Staatsnotwendigkeiten der Beamtenpflicht. Kann man sich dann darüber wundern, daß in Angeordneten-Kreisen hartnäckig das Gerücht umläuft, Herr Hermann Müller habe sich gerührt? Er habe die Verhandlungen des Streikführers Renne von Ober, ohne Aussetzung von Groener vollzogen, bereits in der Tasche.

Eine völlig entgegengelegte Haltung nimmt natürlich das „Berl. Tagebl.“ ein. Es bezeichnet die Ausführungen der rechtsparlamentarischen Redner nur als kleinliche Angriffe gegen Dr. Wirth und erklärt, diese dialektische Methode, den unbedeutendsten Erfolg des Kabinetts im Eisenbahnerstreik in eine Niederlage umzuwandeln, könne aber nicht überraschen.

Die der Deutschen Volkspartei nahestehende „Deutsche Allg. Ztg.“ erklärte zur gestrigen Rede des Reichs-

kanzlers: Es läßt sich nicht leugnen, daß auch die gestrigen Ausführungen des Kanzlers weite Kreise des Parlaments nicht von der Notwendigkeit haben überzeugen können, daß ein Verhandeln des verantwortlichen Leiters des Kabinetts mit den Streikenden eine unbedingte Notwendigkeit war, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich aus diesen Meinungsverschiedenheiten noch Folgerungen ergeben können, die über den Rahmen der Folgen des Streiks an sich politisch hinausgehen. Es kommt hinzu, daß diese Meinungsverschiedenheiten nicht die einzigen sind, die zwischen dem Kabinett und einem großen Teil des Parlaments gerade in den letzten Tagen sich geltend gemacht haben. Der Ueberbrückung dieser Meinungsverschiedenheiten stehen zurzeit harte Schwierigkeiten entgegen, so daß man wohl von einer kritischen Situation sprechen darf.

Die große Koalition begraben.

Das Steuerkompromiß. — Mißtrauensantrag der Deutschen Nationalen unter Aufbruch der Volkspartei.

Berlin, 11. Febr. Wie von untrügender Seite zur parlamentarischen Lage der Regierung mitgeteilt wird, glaubt man innerhalb der Fraktionen mit ziemlicher Bestimmtheit an das Zustandekommen des Steuerkompromisses. Anders liegen die Dinge jedoch bei der Frage der großen Koalition. Sie kommt im Augenblick nicht mehr in Betracht. Namentlich dürfte die Haltung Dr. Wirths in der gestrigen Reichstags-Sitzung, der dem völkerverfeindlichen Abg. Dr. Scholz in der schärfsten Weise antwortete, der Deutschen Volkspartei jede Lust genommen haben, sich an einer Koalition zu beteiligen. In der gestrigen Beratung der Fraktionen wurde auch die Frage erörtert, welche Stellung die Deutsche Volkspartei gegenüber der Verlierer-Katzen aus einnehmen gedenke. Nach dem Gang der Besprechung sei anzunehmen, daß die völkerverfeindliche Fraktion zunächst davon Abstand nehmen dürfte, gegen die Verlierer-Katzen aus Einwürfe zu erheben. — Die deutschnationale Reichstagsfraktion beabsichtigt, in der heutigen Reichstags-Sitzung ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Wirth einzubringen. Ueber den endgültigen Wortlaut des Votums ist man sich noch nicht schlüssig, doch soll in ihm betont werden, daß eine Regierung, die nicht in der Lage sei, Staatsautorität und Staatsautorität zu wahren, kein Vertrauen verdiene. Weiterhin soll es so formuliert werden, daß ihm auch die Deutsche Volkspartei zustimmen kann.

Krisenstimmung in der Beamenschaft.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)

Berlin, 11. Febr. Die Bewegung in der Beamenschaft ist durch die Besetzung des Eisenbahnerkreises nicht zur Ruhe gekommen. Der tatsächliche Sieg der streikenden Eisenbahner über die Reichsregierung hat lebhaftest Erregung auch in der übrigen Beamenschaft hervorgerufen. Gestern Abend fanden zwei Versammlungen von Beamten der Groß-Berliner Finanzämter statt, die die Resolution für eine gemeinsame Beamtenbewegung zur Herbstherkunft höherer Reize annahm. Mehrere radikale Redner forderten den Streik der Finanzbeamten. Eine Versammlung von Postbeamten in Potsdam beschloß gestern, für ein allgemeines Ultimatum aller Beamtenorganisationen einzutreten, das von der Reichsregierung bis spätestens 25. Februar die Neuordnung der Gehälter und Pensionen anzulagen verlangen soll. Fünf Betriebsratversammlungen in der Berliner Eisenbahnerkreise haben gestern aufreizende Beschlüsse gefaßt, die sich persönlich gegen die Minister Groener und Dehme richten, mit denen die Organisationsfragen nicht mehr verhandelt dürfen. Das Nachsagen der Reichsregierung hat nicht beständig, sondern nach allen auch aus dem Reich vorgehenden Meinungen nur aufmunternd gewirkt.

Worte und Taten des Kanzlers und ihre Folgen.

Es hat sich behätigt, daß die Stellungnahme der Parteien zum Eisenbahnerstreik zu einer beständigen Auseinandersetzung mit der Regierung führen würde. Die erste Rede des Kanzlers in der Reichstags-Sitzung vom Donnerstag letzte zu deutlich, daß Worte und Taten des Kabinetts auch in Fragen der inneren Politik zweierlei Dinge sind, als daß man hätte erwarten dürfen, die bürgerlichen Parteien könnten diesen gefährlichen Widerspruch mit Stillschweigen übergehen oder ihn auf irgendeine Weise bügeln. Man muß noch einmal einen kurzen Blick auf die Haltung der Reichsregierung zur Entwicklung der Streikereignisse werfen, um die Vorstellung des die Regierung belächelnden Tatbestandes zu vertiefen und die volle Berechtigung der besonders von der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in der Reichstagsausprache erhobenen Vorwürfe zu erhärten. Nach vor Ausbruch des Streiks ließ die Regierung an den beiden letzten Januartagen durch das amtliche Nachrichtenbureau die Mitteilung verbreiten, daß sie sich „in abgegebener Fülle mit äußerster Energie“ gegen diejenigen wenden würde, die es wagen sollten, das deutsche Wirtschaftsgeschehen durch einen Streik, wie er geplant war, zu erschüttern. Gleichzeitig erhielten die Präsidenten der Generaldirektionen Anweisung, mit Streikenden nicht in Verhandlung zu treten. Am ersten Tage dieses Monats erfolgte sodann der Erlass des Reichspräsidenten, der den Beamten der Reichsbahn und allen übrigen Beamten „die Einstellung oder Verweigerung der ihnen obliegenden Arbeit“ und jede Aufregung zur Arbeitsniederlegung bei schweren Strafen verbot. Den Eisenbahndirektionen wurde es nahegelegt, von dieser Verordnung „weitestgehenden Gebrauch“ zu machen; dazu betonten noch der Regierung nahestehende Kreise, daß Maßnahmen getroffen worden seien, „ein beschleunigtes Gerichtsverfahren“ gegen alle Widersetzlichen zu ermöglichen. Noch am dritten Streiktag versicherte der Kanzler im Verlauf der Verhandlungen mit den Arbeitergewerkschaften, die Regierung werde nach wie vor auf ihrem Standpunkte verharren, in keinem Falle mit den Streikenden zu verhandeln. Alle diejenigen, die einen rechten Begriff von der Notwendigkeit einer unerfütterlich festen Haltung der Regierung hatten, billigten die Schritte und die Stellung des Kabinetts. Die diensttun gebliebenen Eisenbahnerverbände gingen sogar so weit, daß sie in einer Besprechung mit dem Reichsverkehrsminister Groener erklärten, sie würden kein Vertrauen mehr zu der jetzigen Regierung haben, wenn diese ihre Haltung gegenüber den Streikenden änderte. Und in bürgerlichen Kreisen war der Ruf „Regierung, bleibe fest!“ zur Tagesparole geworden, die den Männern um Wirth in den Streiktagen unablässig von früh bis abends aus allen Blättern und Versammlungs-Resolutionen entgegenkaltete.

Was aber ist das Kabinett Wirth? Mit Ausnahme Groeners, der immer wieder erkennen ließ, daß es ihm ernst damit war, auf der einmal verkündeten Ablehnung der Streikfreier zu beharren, schließlich aber doch nicht über die Majorität der Kabinettsmitglieder hinausformte, kompromittierte es mit der Festung der Unabhängigen, zunächst indirekt, wie der deutschnationale Behrens in seiner ausgedehnten Rede im Reichstage schickte, dann aber unmittelbar, bis es „des Streiks Herr geworden“ war. Das ist der Inhalt des ersten schmerzlichen Vorwurfs, der gegen das Kabinett erhoben werden muß. Der zweite zielt dahin, daß die Veranschlagung der Schulden in keiner Weise der Verordnung des Reichspräsidenten entspricht. Ja, man muß bedauerlicherweise noch weitergehen. — Wie es den Anschein hat, dürfte sich der Kanzler den Unabhängigen gegenüber hinsichtlich der Bekämpfung der Streikheer weitgehend gebunden haben. Anders kann der Ausbruch Dittmanns bei der Abgeordnete Wehrens zitierte, kaum verstanden werden: „Der Reichskanzler hat sich mit seiner persönlichen Ehre dafür engagiert, daß Disziplinierungen nur in ganz vereinzelten Fällen vorkommen sollen.“ Das widerspricht aber sogar den sehr milden Richtlinien des Reichskabinetts zur Bekämpfung der Streikbündigen und stellt eine Zeit in Aussicht, in der, schlimmer noch als nach den mitteldeutschen Unruhen, auf dem Streik Betreffende, alle diejenigen, die durch ihr aufwendendes Gebaren in den vergangenen Wochen mittelbar zur Vergrößerung des Staatsdefizits beigetragen haben, nur als Missetäter angesehen und so gut wie straflos belassen werden. Damit würde sich die Regierung mit einer moralischen Voh bedürfen, die kein Kabinett tragen, weniger noch verantworten kann.

Diesem Tatbestand, der der Regierung in aller Schärfe vorgehalten wurde, weiß der Kanzler nur Wortklaubereien entgegenzusetzen. Wenn er sich behen so gewiß ist und war, daß er sein Ziel, die Beendigung des Streiks, nicht erreichen konnte, ohne mit den Streikenden zu verhandeln, warum hat er dann von Anfang an laut und offen verkündet, ja dazu ermächt, keine Verbindung mit den Streikführern anzunehmen? Sollte er damit, sich das Gepräge des harten Mannes beim Volke zu verleißen? Die Hoffnung würde sich schnell genug als verhängnisvoller Irrglaube erweisen haben. Und wenn er in sorgfältiger Überlegung des Kerns der gegen ihn gerichteten Vorwürfe die Frage der Disziplinierungen dem Gesamtkabinett zuschiebt, so hat er damit noch keineswegs etwas Entschuldigendes über sein Verhältnis zu den Unabhängigen in dieser Angelegenheit gesagt, am allerwenigsten kann er damit die diamantische Behauptung, er habe sich mit seiner persön-

Entscheidung über den Zahlungsplan durch die Reparationskommission?

Paris, 11. Febr. Der „Temps“ teilt mit: Annehmend wird es entsprechend dem Wortlaut und dem Geiste des Versailler Friedensvertrages zu einer Einigung darüber kommen, daß die Angelegenheit des Aufschubes der deutschen Reparationszahlungen und die Angelegenheit der Garantien, die beide zum Bereiche der Reparationskommission gehören, an diese verwiesen werden, während die Verteilung der deutschen Zahlungen den alliierten Regierungen vorbehalten bleibe. Einige Regierungen erklärten jedoch, wie verlautet, daß die Alliierten, bevor sie sich über die Verweisung an die Reparationskommission ausprechen, sich über die Verteilung verständigen, für die in Cannes ein fester Grundsatz aufgestellt worden sei.

Paris, 11. Febr. Wie das „Echo de Paris“ meldet, hat bis jetzt nur Belgien den französischen Vorschlag angenommen, den Zahlungsplan für die Reparationen für das Jahr 1922 durch die Reparationskommission regeln zu lassen. Es scheint jedoch, daß die englische Regierung einer Regelung durch die alliierten Finanzminister günstig gestimmt sei. Der Meinungsaustrausch in dieser Angelegenheit werde fortgesetzt. Damit werde die gestrige Meldung des „Temps“ widerlegt. (W. T. Z.)

Lord George über Arbeitslosigkeit und Reparationsfrage.

London, 10. Febr. In seiner Rede im Unterhaus sagte Lord George, man habe nicht das Recht, zu erklären, die Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten seien ausschließlich auf die deutschen Reparationen zurückzuführen, wenn man nicht auch bereit sei, zu sagen: Wenn wir an die Reparations kommen werden, werden

wir diese Reparationen streichen. Der Abänderungsantrag der Arbeiterpartei wurde mit 270 gegen 78 Stimmen abgelehnt. (W. T. Z.)

Bestätigung des amerikanischen Botschafters in Berlin.

Washington, 11. Febr. Der Senat hat die vom Präsidenten Harding vollzogene Ernennung von Stanton Dighton Houston zum Botschafter in Berlin bestätigt.

Die italienische Kabinettsbildung.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Rom, 10. Febr. Am Donnerstag Abend hat der König dem Ministerpräsidenten Bonomi erklärt, er nehme seine Mission nicht an und erlaube ihm, sofort vor die Kammer zu treten, damit diese durch eine Abstimmung ihm zeige, ob Bonomi noch ihr Vertrauen genieße. Es heißt, dieser Entscheid des Königs sei nachdrücklich von Giolitti befürwortet worden, der das Kabinett Bonomi weiterhin zu unterstützen gedenke.

Mailand, 11. Febr. Die parlamentarische Lage in Italien beginnt sich zu klären. Das Hindernis für eine Kabinettsbildung wurde durch die Einigung zwischen den Demokraten und der demokratischen Volkspartei beseitigt. Nach dem Zustandekommen der Vereinigung besaßte sich gestern Abend das Ministerium in längerer Sitzung mit der neuen Lage, ohne jedoch irgend welche Beschlüsse zu fassen. Wie verlautet, ist Bonomi nicht geneigt, dem Wunsch des Königs zu entsprechen und vor die Kammer zu treten, da jetzt eine Lösung der Krise auf anderem Wege möglich erscheint. Er wird diese Ansicht dem König mitteilen. Die Weigerung Bonomis wird auf die Haltung der Demokraten zurückgeführt, welche erklären, daß sie sich volle Handlungsfreiheit für den Fall vorbehalten, daß das bisherige Kabinett vor die Kammer treten wird.